



Mit der Forderung nach einem Gehaltszuwachs von 5,5 Prozent (mindestens 175 €) und nach einer tariflichen Regelung zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte startete die GEW im Januar in die Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Seit 2006 halten uns die Arbeitgeber der Länder hin. Im Jahr 2015 muss Schluss damit sein, die größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst der Länder nach Gutsherrenart zu entlohnen! Jedes Bundesland zahlt den Lehrkräften auf Grundlage einseitig diktierter Arbeitgeber-Richtlinien ein anderes Gehalt. Hamburgs 450 Vorschullehrkräfte sind besonders betroffen. Als studierte Sozialpädagog\_innen gelten sie tarifrechtlich als Lehrkräfte. Dies hat zur Folge, dass ihr Verdienst innerhalb von 10 Jahren um etwa 25.500 € geringer ist als der ihrer Kolleg\_innen, die als Sozialpädagog\_innen tariflich eingruppiert in anderen schulischen Tätigkeitsfeldern arbeiten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief die GEW Hamburg alle Schulbeschäftigten zu einer Protestaktion am 24. Februar vor der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg auf, zu der mehrere Hundert KollegInnen kamen.

In der zweiten Verhandlungsrunde am 26. Februar haben die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber erneut kein Angebot zur Gehaltssteigerung vorgelegt. Sie fordern weiterhin, dass die

Gewerkschaften zu vor Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung zustimmen. In den folgenden zwei Wochen rief die GEW bundesweit ihre Mitglieder zu Warnstreiks auf. So auch in Hamburg für den 16. März. Dieser

Warnstreik, an dem etwa 5.000 Beschäftigte in Hamburg die Arbeit niederlegten, war ein unübersehbares Streik-Zeichen an die Länder-Arbeitgeber.

Zeitgleich startete in Potsdam die dritte Verhandlungsrunde. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat auch in der dritten Verhandlungsrunde kein

merleinstag in jeder Tarifrunde nach weiteren Brosamen zu betteln. Hier verweigerte sich die GEW dem Köder, den der Beamtenbund willig schnappte. Für 30 Euro wollte sich die GEW nicht ihr Streikrecht abkaufen lassen. Auch für besonders benachteiligte Gruppen wie die Vorschullehrkräfte, die sich in Hamburg sehr engagiert an den Warnstreiks beteiligt hatten, wollten die Arbeitgeber keine echte Verbesserung. Wir werden den Kampf für eine tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte fortsetzen. Die GEW ist nicht in der Friedenspflicht!

Parallel zu den Verhandlungen zum TV-L am 26. Februar haben die Verhandlungen über den Eingruppierungstarifvertrag

## Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt Wir haben mehr verdient!

Angebot zur Gehaltserhöhung vorlegt, sondern beharrte darauf, dies von Einschnitten bei den Betriebsrenten abhängig zu machen. Die GEW hat gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften weitere Warnstreiks angekündigt, um die Blockade der Arbeitgeber zu durchbrechen. So für Hamburg für den 26. März. An diesem zweiten Warnstreiktag haben gut 10.000 Beschäftigte gestreikt.

Zum Redaktionsschluss dieser hlz stand die vierte Verhandlungsrunde an. Das Arbeitgeberangebot eines Tarifvertrages für die größte Beschäftigtengruppe im Länderbereich, die bundesweit rund 200.000 angestellten Lehrkräfte, hat die GEW entschieden zurückgewiesen. Die Kernforderung der GEW nach dem verbindlichen Einstieg in die „Paralleltabelle“ beantwortete die TdL mit einer Zulage von 30 Euro monatlich für einzelne Gruppen und dem Versprechen, bis zum St. Nim-

für die kommunalen Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) begonnen. Um die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberseite zu erhöhen, rief die GEW ihre tarifbeschäftigten Mitglieder zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Gut 1500 Beschäftigte haben am 23. März vor dem Arbeitgeberverband AVH am Baumwall eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe durch eine bessere Eingruppierung gefordert. Auch hier ist klar: Wenn die Arbeitgeber kein verhandelbares Angebot vorlegen, wird die GEW zu weiteren Protesten und Warnstreiks aufrufen!

Zuletzt müssen wir euch leider mitteilen, dass unsere Mit-Vorsitzende Regina Tretow aus gesundheitlichen Gründen ihren Rücktritt erklären musste. Wir haben in den letzten zwei Jahren gut als Dreierteam zusammengearbeitet, danken Regina für ihr Engagement und wünschen ihr alles Gute.